



Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Frau Voous

Telefon: (0221) 221 24954

Fax: (0221) 221 28650

E-Mail: jugendhilfeausschuss@stadt-koeln.de

Datum: 29.11.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 05.09.2017, 14:00 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Pöttgen, Andreas	SPD-Fraktion
Schultes, Monika	SPD-Fraktion (ab 14:10 Uhr)
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Klausing, Christoph	CDU-Fraktion
Jahn, Kirsten	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Schwanitz, Hans	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (in Vertretung für Frau Rabenstein)
Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke. (bis 16:15 Uhr)
Laufenberg, Sylvia	FDP-Fraktion (ab 14:15 Uhr)
Blum-Maurice, Renate	Dt. Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V. für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Dompke, Tobias	Sportjugend Köln (in Vertretung für Frau Kupferer)
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V.
Semmo, Omer	DGB-Region Köln-Bonn (in Vertretung für Herrn Weigel – SJD Die Falken Kreisverband Köln)
van Doorn, Julia	BDKJ Erzdiözese Köln e.V.
Volland-Dörmann, Ulrike	AWO Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schmerbach, Cornelia	SPD-Fraktion
Fürstenberg-Schröder, Gero	CDU-Fraktion
Clemens, Frank	Fraktion Die Linke.
Michalak, Andreas	FDP-Fraktion
Blümel, Helga	Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes
Kleine, Monika	SKF e.V. Köln

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Dr. Arnold, Juliane Beemelmans, Ingo	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region für die Bezirksregierung als Vertreter der Schulen (in Vertretung für Frau Becker)
Dr. Eulgem, Andrea	Gesundheitsamt der Stadt Köln (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)
Gümüs, Attila Reuther, Bernd Mensching, Ulrike	Jugendamtselternbeirat Köln Polizeipräsidium Köln, KK 57 Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Ottenberg, Ingrid	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise	SPD-Fraktion (ab 14:25 Uhr)
Bauer, Hans-Josef	CDU-Fraktion
Preuss, Kerstin	CDU-Fraktion
Richrath, Simon	CDU-Fraktion
Spehl, Felix	CDU-Fraktion
Topp-Burghardt, Daniela	CDU-Fraktion
Schlitt, Gabriele	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Wöhler, Carmen	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich	Der Paritätische Köln e.V.
Böll, Mechthild	Wir für Pänz e.V.
Differdange, Ruth	Kath. Familienbildung Köln e. V.
Schmerbach, Cornelia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.
Gross, Almut	Jugendhilfe Köln e. V.
Hildebrand, Andreas	Kath. Jugendagentur Köln gGmbH
Hoffmann, Bettina	Perspektive Bildung e.V. (in Vertretung für Frau Horstkemper-Schürmann)
Horstkotte-Löffelholz, Christoph	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Koerber, Sebastian	Rhein Flanke gGmbH
Kühne, Arno	Evangelischer Kirchenverband Köln – Ju- gendpfarramt (in Vertretung für Herrn Drewes)
Lehmann, Christiane	Handwerkerinnenhaus Köln e. V.
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
Malmen, Maria Elisabeth	Kinderzentrum Porz e. V.
Maurer, Olaf	Schulte-Schmelter-Stiftung
Peters, Markus	SKM e.V. Köln

Potthast, Günter	Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH (in Vertretung für Herrn Schmidt)
Ruda, Marc	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Sinoplu, Ahmet	Coach e.V.
Saxler, Hans-Josef	Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Schäfer-Remmele, Uwe	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Steinberg, Claudia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.
van Ooyen, Johannes	ConAction e. V
Walter, Regine	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Welke, Ingrid	Rom e.V.
Welter, Sabine	Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau van Dawen-Agreiter)
Will, Bernd	AG „Offene Tür (in Vertretung für Frau Empacher AWO Köln e.V.)
Dr. Zschke, Wolfgang	Jugendhilfe und Schule e. V. - Jugendladen Nippes Museum

Verwaltung

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes	Dezernentin
Glaremin, Stephan	Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten

Rabenstein, Svenja	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Becher, Uta	Bundesagentur für Arbeit
Dr. Weber, Gabriela	Bundesagentur für Arbeit
Haas, Thomas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Piger, Jürgen	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Dopke, Theresia	Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e.V.
Dr. Hambüchen, Thomas	Drogenhilfe Köln gGmbH
Sander-Marx, Sabine	Ev. FBS Köln
Schremmer, Jochen	Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e.V.

Der Ausschussvorsitzende **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder. Er bedankt sich für die Genesungswünsche und die gute Vertretung durch Herrn Dr. Schlieben. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Herr Dr. Schlieben begrüßt Herrn Bürgermeister Dr. Heinen persönlich und im Namen des Jugendhilfeausschusses. Er freue sich, dass er zurück sei und hoffe, dass dieser dem Ausschuss lange erhalten bleibe. Er wünscht ihm persönlich und für die politische Arbeit alles Gute. Im Anschluss überreicht er Herrn Bürgermeister Dr. Heinen ein Geschenk.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen drückt seinen Dank aus. Dann spricht die er die Verabschiedungen und Neubegrüßungen dieser Jugendhilfeausschusssitzung an. Er teilt mit, dass Herr Röttgen (Abteilung Bezirksjugendämter) die Stelle wechsle. Herr Tappert (Stabstelle Kita-Bau) nehme zum letzten Mal an der Jugendhilfeausschusssitzung teil, da er in Ruhestand gehe. Herr Glaremin sei als neuer Leiter des Jugendamtes zu begrüßen. Er bittet Frau Beigeordnete Dr. Klein zu Wort.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt zu Beginn fest, dass auch im Jugendamt der Stadt Köln nichts so beständig sei, wie die Veränderung. Sie beginnt mit der Verabschiedung von Herrn Tappert.

Herr Tappert habe mit seinem zehnköpfigen Team in den letzten Jahren 115 Kitas auf den Weg gebracht, erinnert Frau Beigeordnete Dr. Klein. Sie macht darauf aufmerksam, dass diese verhältnismäßig kleine Personalressource einen enormen Output erziele. Er habe hervorragende Arbeit geleistet, stellt sie fest und dankt Herrn Tappert im Namen der gesamten Verwaltung. Sie beschreibt Herrn Tappert als einen Verwaltungsmitarbeiter, der nicht immer im Rampenlicht der pressewirksamen Öffentlichkeit gestanden, aber vieles für die Stadt bewirkt habe. Er sei ein hochangesehener Kollege mit hoher Fachkompetenz, den man nur ungern ziehen lasse. Sie dankt Herrn Tappert und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft und einen eleganten Übergang in den Ruhestand.

Herr Tappert dankt Frau Beigeordneter Dr. Klein und den Ausschussmitgliedern. Es sei eine schöne Zeit gewesen, auch wenn man nicht immer einer Meinung gewesen sei, so Herr Tappert. Er wünscht den Anwesenden alles Gute, Gesundheit sowie viel Erfolg für die weitere Ausschussarbeit. Er verabschiedet sich mit dem Zitat eines Literaten der Bundesrepublik Deutschland: "Ich bin dann mal weg".

Die zweite Verabschiedung ist Herrn Röttgen gewidmet, der zur Stadtverwaltung Mönchengladbach wechselt, erklärt **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Mönchengladbach habe eine sehr profilierte Jugendarbeit und sei eine gute Adresse für das Thema Jugend und Familie, merkt sie an.

Herr Röttgen sei für den personellen Bereich von etwa 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksjugendämter verantwortlich gewesen. Er habe segensreich und aktiv im Kreis der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter sowie im Jugendamt insgesamt mitgewirkt. Die Bezirksjugendämter seien die Institution, die unmittelbaren Bürgerkontakt habe. Diesen Bereich habe er hervorragend geleitet, stellt sie fest. In diese Zeit fiel die Welle der vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die eine große Herausforderung für die Stadt dargestellt habe. Er sei rund um die Uhr, auch am Wochenende, aktiv gewesen, erinnert Frau Beigeordnete Dr. Klein. Es ist ihr wich-

tig zu betonen, dass er den Pflegekinderdienst nach vorne gebracht habe, da ihm dieser besonders am Herzen gelegen habe. Die Stadt Köln könne sich mit diesem Projekt sehen lassen, so Frau Beigeordnete Dr. Klein. Sie dankt ihm für die gute und kollegiale Zusammenarbeit und wünscht ihm alles Gute.

Herr Röttgen dankt Frau Beigeordneter Dr. Klein für die guten Wünsche. Er möchte den Dank an seine 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben, die unglaubliche Arbeit an der Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern leisten. Er habe es sehr geschätzt, dass er viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe, die sich so sehr einsetzen. Das habe es ihm einfach gemacht, merkt Herr Röttgen an. Er dankt den Anwesenden für die Zusammenarbeit im Ausschuss sowie den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung. Es habe eine gute Stimmung untereinander geherrscht und die Zusammenarbeit sei gut gewesen, fasst er zusammen. Dies sei auch eine gute Grundlage für konstruktive Auseinandersetzungen gewesen, so Herr Röttgen. Abschließend macht Herr Röttgen die Ausschussmitglieder darauf aufmerksam, dass Köln hinsichtlich der Qualität im Vergleich zu anderen Städten weit vorne liege.

Frau Beigeordnete Dr. Klein heißt Herrn Glaremin willkommen und wünscht eine gute Zusammenarbeit. Es sei als ein gutes Zeichen werten, dass man in einem regen personellen Austausch mit den Nachbarstädten stehe. Er treffe auf ein ambitioniertes Team.

Herr Glaremin scherzt, dass er sich hüten werde, mitzuteilen, was er aus Düsseldorf mitbringe. Er sei sehr nett aufgenommen worden und freue sich auf die Zusammenarbeit sowie die bevorstehenden Gespräche.

Als Nächstes **verpflichtet** **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** mit vorgegebenem Text Herrn Kühne von dem Evangelischen Jugendpfarramt.

Er begrüßt auch die anwesenden, fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Für Fragen zu TOP 3.4 („Grünfläche Butzweiler Hof“) steht Herr Dr. Bauer vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen - Stadtgrün und Forst zur Verfügung,
- Fragen zu Top TOP 4.2 (Baubeschluss: Sanierung und Optimierung des Ki d S Standortes Brücker Mauspfad 646) beantworten Herr Haas und Herr Völkel von Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln – Ki d S,
- Fragen zu TOP 8.5.4 (Sachstandsbericht zum Projekt „Einwanderung gestalten NRW“) beantwortet Herr Schwamborn von der Flüchtlingskoordination (-OB/6-),
- Für Fragen zu TOP 11.1 (Sachstandsbericht Prüfung „Mittagessen in städt. Kitas und Erhebung von Essensgeld durch 51 – Amt für Kinder, Jugend und Familie“) steht Herr Bartsch vom Rechnungsprüfungsamt (-14-) zur Verfügung,
- Herr Tappert vom Amt für Kinder, Jugend und Familie – Stabstelle Kita-Bau (-51/1-),
- Herr Pfeuffer von der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (-IV/2-),
- Herr Mießeler vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-),

- Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste (-511-),
- Frau Baars vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-),
- Herr Betz vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und –betreuung für Kinder (-513-),
- Herr Röttgen vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Bezirksjugendämter (-515-).

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist auf die **Präsentationen** unter TOP 1.4 hin:

- Präsentation zum Sachstand von „Little Bird“
- Präsentation zum Baubeschluss „Sanierung und Optimierung des Ki d S Standortes Brücker Mauspfad 646“.

Er macht darauf aufmerksam, dass die folgenden **Broschüren** und Flyer zur Mitnahme ausliegen:

- Jahresbericht 2016 des Schulamts (zu Top 8.5.4).
- Broschüre „12 Jahre Rucksack“ (zu TOP 8.5.6).
- Einladungsflyer zum football3Festival17
- Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik (2. Folgebericht)
- Flyer „Fair Trade Night“
- Einladungsflyer „Fachtag Zusammenhalten“.

Er bittet um Kenntnisnahme der nachfolgend aufgeführten **Hinweise** zu den heutigen Vorlagen:

- Die Beschlussvorlage 2018/2017 ist eine nicht öffentliche Beschlussvorlage und im nicht öffentlichen Teil unter TOP 9.3.1 zu beraten.
- Die Beschlussvorlage unter TOP 2.1.2 (1977/2017) „Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: gemeinnützige "CK Crea-Kids Germany GmbH" wird von der Verwaltung zurückgezogen, da neben dem bereits vorliegenden polizeiliches Führungszeugnis aus Norwegen in englischer Sprache zusätzlich ein behördliches Führungszeugnis aus der Schweiz nachgereicht werden muss, da der Wohnsitz des Geschäftsführers Herrn Gunnar Johansson in der Schweiz liegt.
- TOP 4.2 „Baubeschluss: Sanierung und Optimierung des Ki d S – Standortes Brücker Mauspfad 646“ (1588/2017) wird im Anschluss an die Präsentation unter TOP 1.4.2 beraten.

Die Beratungsergebnisse der **vorberatenden Gremien** liegen aus, zu den Punkten

- TOP 4.1 (0169/2017)
- TOP 5.2.1 (AN/2156/2016).

Weiterhin wurden folgende Unterlagen als **Tischvorlage** ausgeteilt:

- TOP zu 6.2.1 (2585/2017)
- TOP 6.2.2 (AN/1171/2017)
- TOP 8.4.5 (2659/2017)
- TOP 8.4.6 (2675/2017)
- TOP 8.4.7 (2538/2017)
- TOP 8.5.7 (2684/2017)

- TOP 4.7 (1422/2017)
- TOP 4.5 (2491/2017)
- TOP 9.3.1 (2018/2017)
- Ein Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung Rodenkirchen bezüglich der Vorberatung zu TOP 4.1 (0169/2017) „Kinder- u. Jugendförderplan 2016 bis 2020“.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Bürgermeister Dr. Heinen noch die Punkte zu 1.4.1, 1.4.2, 2.3.1, 3.4, 4.3 bis 4.7, zu 6.1.1, zu 6.2.1, 6.2.2, 8.1.1, 8.4.2 bis 8.4.7, 8.5.5 bis 8.5.7 sowie 9.3.1 auf die **Tagesordnung** aufzunehmen.

Dagegen von der Tagesordnung abzusetzen ist die Vorlage 1977/2017 (TOP 2.1.2), da diese von der Verwaltung nach Aussprache der Einladung zurückgezogen wurde.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden. Dementsprechend ergibt sich die folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.4 Präsentationen

1.4.1 Folienpräsentation: Sachstand zur Einführung von "Little Bird"

zu 1.4.1 Sachstand zur Einführung "Little Bird"

2514/2017
1.4.2 Folienpräsentation zum Baubeschluss „Optimierung und Sanierung des Ki d S Standortes Brücker Mauspfad 646“

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Kölner Jugendring e.V.
1972/2017

- 2.1.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: gemeinnützige "CK CreaKids Germany GmbH" 1977/2017
- 2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen
 - 2.2.1 Verteilung von Haushaltsmitteln 2017 - Zuschuss an den "Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V. Köln" 1146/2017
 - 2.2.2 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII - Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegepersonen 1445/2017
- 2.3 Weitere Beschlüsse
 - 2.3.1 Bestellung einer Schriftführerin 2485/2017
- 3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Neugestaltung des Spielplatzes Dr.-Johannes-Honnef-Straße/Paulipark in Köln-Lövenich 1415/2017
 - 3.2 Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Brehmstraße in Köln-Riehl 1828/2017
 - 3.3 Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Etzelstraße in Köln-Mauenheim 2379/2017
 - 3.4 Grünfläche Butzweiler Hof
Baubeschluss und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 2185/2017
- 4 Beschlussempfehlungen an den Rat**
 - 4.1 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2016 - 2020 0169/2017
 - 4.2 Baubeschluss: Sanierung und Optimierung des Ki d S - Standortes Brücker Mauspfad 646
Die Unterlagen wurden allen Jugendhilfeausschussmitgliedern mit Sammel-
druck vom 22.08.2017 zur Verfügung gestellt. Bitte halten Sie diese zur Sit-
zung bereit. 1588/2017

- 4.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk"
2488/2017
- 4.4 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"
2481/2017
- 4.5 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2491/2017
- 4.6 Vorlage 2018/2017 "Bedarfsfeststellung zum Erwerb von Microsoft Lizenzen für den Zeitraum 2017 bis 2021" wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 9.3.1 beraten
- 4.7 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017
1422/2017

5 Anträge aus der Politik (schriftlich)

- 5.1 Frühere Anträge
- 5.2 Neue Anträge
 - 5.2.1 Ziffer 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zur Vorlage AN/2156/2016 (Beauftragung der Verwaltung mit der Entwicklung begleitender niedrigschwelliger Hilfsangebote) aus der Ratssitzung vom 20.12.2016

6 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (schriftlich)

- 6.1 Frühere Anfragen
 - 6.1.1 Unterbringung, Teilhabe- und Integrationschancen für unbegleitete junge Geflüchtete bei Volljährigkeit
AN/0880/2017
 - zu 6.1.1 Unterbringung, Teilhabe- und Integrationschancen für unbegleitete junge Geflüchtete bei Volljährigkeit, hier: Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2017 (AN/0880/2017)
2354/2017
 - 6.1.2 Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende
AN/0881/2017
 - zu 6.1.2 Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende
1927/2017

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Fachkräftemangel im Kita-Bereich
AN/1075/2017

zu 6.2.1 Fachkräftemangel im Kita-Bereich AN/1075/2017 SPD-Fraktion
2585/2017

6.2.2 Inobhutnahmen durch das Jugendamt
AN/1171/2017

**7 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der
Jugendhilfe (mündlich)**

7.1 Frühere Anfragen

7.2 Neue Anfragen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss
2479/2017

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Aktueller Planungsstand zur Realisierung von Jugend- und Bildungsinfrastruktur im Bereich Sürther Straße/Am Feldrain und Eygelshovener Straße
1653/2017

8.2.2 Handlungsbedarf zur Schaffung von Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs
2017-2021
2177/2017

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.3.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2016
2286/2017

8.3.2 Jahresbericht 2016 – Kölner Haus des Jugendrechts
2239/2017

- 8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz
 - 8.4.1 Planung von Jugendeinrichtungen in Köln Roggendorf/ Thenhoven und Kalk hier: Sachstand
2079/2017
 - 8.4.2 Fachtag: "ZUSAMMENHALTEN! - SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT IN DER JUGENDHILFE" am 09.10.2017 in der Zeit von 10:00 - 17:00 Uhr im Historischen Rathaus
2430/2017
 - 8.4.3 Jugendeinrichtung Weiden
2449/2017
 - 8.4.4 Weltkindertag in Köln am 17.09.2017
2549/2017
 - 8.4.5 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"
2659/2017
 - 8.4.6 Spende des neuen Spielmobils "Juppi"
2675/2017
 - 8.4.7 Ausbau Streetwork – 18 Streetworker und Streetworkerinnen haben ihre Arbeit aufgenommen - Einrichtung von 10 temporären „Streetwork Points“ in den Stadtbezirken
2538/2017
- 8.5 Weitere Mitteilungen
 - 8.5.1 Jahresbericht des Amtes für Schulentwicklung für 2016
2188/2017
 - 8.5.2 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung
2068/2017 Beantwortung der Verwaltung
Hier: Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des STEA am 06.07.17
2489/2017
 - 8.5.3 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung
2068/2017
 - 8.5.4 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
Die Unterlagen wurden allen Jugendhilfeausschussmitgliedern mit Sammel-
druck vom 22.08.2017 zur Verfügung gestellt. Bitte halten Sie diese zur Sit-
zung bereit.
2561/2017

- 8.5.5 Beantwortung der Verwaltung zu Nachfragen aus dem Integrationsrat vom 20.03.2017 bzw. 19.06.2017
2172/2017
- 8.5.6 „Rucksack“ - ein Programm zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung; Sachstand zur Finanzierung der Gruppen aus dem Programmgebiet „Mülheim 2020“
2612/2017
- 8.5.7 Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
2684/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)

- 9.1 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 9.2 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen
- 9.3 Beschlussempfehlungen an den Rat
- 9.3.1 Bedarfsfeststellung zum Erwerb von Microsoft Lizenzen für den Zeitraum 2017 bis 2021
2018/2017

10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

- 10.1 Frühere Anfragen
- 10.2 Neue Anfragen

11 Nichtöffentliche Mitteilungen

- 11.1 Sachstandsbericht Prüfung "Mittagessen in städt. Kitas und Erhebung von Essensgeld durch 51 - Amt für Kinder, Jugend und Familie"
1803/2017

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler benennt Herr Bürgermeister Dr. Heinen Frau Laufenberg, Herrn Pöttgen, und Herrn Dr. Schlieben.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Da heute keine Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung anwesend sind, entfällt der Beschluss.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine persönlichen Erklärungen abgegeben.

1.4 Präsentationen

1.4.1 Folienpräsentation: Sachstand zur Einführung von "Little Bird"

zu 1.4.1 Sachstand zur Einführung "Little Bird" 2514/2017

Herr Betz bedankt sich zu Beginn seiner Präsentation bei den beteiligten Trägern für die gute Kooperation und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deren hohes Engagement.

Er erklärt, dass es gute Nachrichten zu verkünden gebe. Das Verwaltungsportal, das von den Kita-Leitungen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Aufnahmeverfahrens, dem Personal der Träger genutzt sowie dem technischen und fachlichen Support begleitet werde, laufe seit April 2017. Das öffentlichkeitswirksamere Elternportal hingegen sei am 27.06.2017 um 08:05 Uhr ohne vorherige Pressemitteilung freigeschaltet worden. Man habe von einer Pressemitteilung abgesehen, da man die Anlaufschwierigkeiten des Programms in anderen Kommunen vor Augen gehabt habe. Es sei gelungen, das Programm stabil zu halten, so Herr Betz. Hilfreich dabei sei die morgendliche Lagebesprechung aller Verantwortlichen. Am ersten Tag der Freischaltung des Elternportals seien 500 Anmeldungen zu verzeichnen gewesen, und das Anmeldevolumen steige stetig, berichtet Herr Betz. "Little Bird" werde gut von den Eltern angenommen.

Herr Betz erläutert, dass Köln die größte Kommune sei, die bei der Softwarefirma "Little Bird" mit 649 Kitas unter Vertrag stehe, gefolgt von Essen, Bielefeld und Gütersloh. Köln sei öffentlichkeitswirksam, da es mit Koppelung mit dem Abrechnungsprogramm "Kit Office" eine Besonderheit aufweise, für die in Zusammenarbeit mit

“Little Bird“ eine Schnittstelle geschaffen werden musste. Somit hat ‘Little Bird“ ein besonderes Interesse daran, dass Köln gute Ergebnisse erziele, und dies zeige sich im Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von “Little Bird“. Er merkt an, dass 39.728 Kita-Plätze im laufenden Kita-Jahr zur Verfügung stehen und pro Jahr circa 15.000 Plätze vermittelt werden sollten. Zum heutigen Tage seien insgesamt 22.937 Anmeldungen zu verzeichnen.

An dieser Stelle bedankt er sich bei dem Support-Team, dafür dass es keine Bearbeitungsrückstände gebe. Es gebe durchweg positive Rückmeldungen zur Kundentreue, so Herr Betz. Er betont, dass die Träger das Programm im Rahmen des Kooperationsvertrags eigenverantwortlich pflegen und die Entscheidungshoheit zur Aufnahme auch weiterhin bei den Trägern der Kitas liege. Man biete den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Träger seitens der Stadt Schulungen an, um einen aktuellen Informationsstand zu gewährleisten. Zudem habe die Stadt sechs Fachbetreuerinnen und Fachbetreuer für den Support zur Verfügung gestellt, die notwendig seien, um den regelmäßigen Dialog zwischen Eltern und Kita-Leitung zu unterstützen, der für die erfolgreiche Arbeit des Programms unabdingbar sei. Der Bedarf an Fachbetreuerinnen und Fachbetreuern sei damit jedoch noch nicht gedeckt. Die Unterstützung durch den Support werde rege genutzt.

Abschließend fasst Herr Betz zusammen, dass “Little Bird“ bis dato stabil laufe, aber man bedenken müsse, dass PC-Programme unberechenbar seien. Durch den intensiven Dialog mit “Little Bird“ seien Fehler korrigiert worden und werden laufend korrigiert. Er betont, dass “Little Bird“ die Kita-Platz-Vergabe schneller mache, nicht aber mehr Kita-Plätze schaffe.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt Herrn Betz für die ausführlichen Erläuterungen zu der Präsentation und dem Support-Team für die geleistete und noch zu leistende Arbeit.

Frau Laufenberg dankt für den kurzen und prägnanten Vortrag. Sie erinnert daran, dass die FDP-Fraktion das Vorhaben über die letzten Jahre kritisch verfolgt habe und möchte daher erneut die Frage aufgreifen, die sie auch bei der letzten Sachstandsmitteilung zu “Little Bird“ gestellt habe. Sie möchte wissen, inwieweit ein Ranking bei “Little Bird“ angedacht sei. Weiter freue sie sich in diesem Zusammenhang über einen Ausblick zum Zeitplan hinsichtlich der Aufnahme der Tagespflegepersonen in das Platzvergabesystem.

Frau Dr. Butterwege spricht ebenfalls ihren Dank aus und fragt an, welche Träger und Kitas an “Little Bird“ derzeit bereits beteiligt seien.

Herr Betz antwortet zu der Frage von Frau Dr. Butterwege, dass sich, bis auf 40 kleinere Elterninitiativen, alle Träger aus dem Raum Köln an “Little Bird“ beteiligt haben. Falls gewünscht, sei ein Einstieg aber zu jeder Zeit möglich.

Auf die Frage von Frau Laufenberg, erklärt Herr Betz, dass die Kindertagespflege in der weiteren Entwicklung in den Fokus gerückt werde.

Zu der Frage bezüglich eines Rankings führt Herr Betz als Beispiel die Stadt Essen an, die von der Priorisierung wieder absehen wolle und aufgrund gemachter Erfahrungen klar davon abrate. Es handele sich um ein sensibles Thema, so Herr Betz. Er bietet einen Überblick der Vor- und Nachteile eines Rankings an anderer Stelle an.

Anmerkung:

Die Folien der Präsentation liegen der Niederschrift nochmal als Anlage 1 bei.

1.4.2 Präsentation zum Baubeschluss: Optimierung und Sanierung des Ki d S Standortes Brücker Mauspfad 646

Herr Heuer, der Architekt des Bauvorhabens, erklärt zu Beginn der Präsentation, dass es sich bei diesem Projekt aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen um eine Herausforderung für die Planerinnen und Planer handele.

Als Besonderheit führt er an, dass das Projekt den gesamtstädtischen Haushalt nicht belaste, sondern aus dem Verkaufserlös eines anderen Objekts finanziert werde. Ebenfalls als besonders erachtet er die Möglichkeit, mit den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort, auch ohne Vorgesetzte, sprechen zu können, um den Bauprozess zu optimieren. Er dankt an dieser Stelle Frau Beigeordneter Dr. Klein für ihre Unterstützung. Auch Herrn Haas und Herrn Völkel dankt er, die das Vorhaben mit Enthusiasmus in der Entwicklung begleitet haben.

Das Baugebiet liege in einem Naturschutzgebiet, beschreibt Herr Heuer. Es gebe vorhandene Baukörper und zu ersetzende Baukörper. Das Gesamtbauvolumen liege bei 11 Millionen Euro. Nach Umbau und Sanierung ergeben sich eine Nutzfläche von 3000 Quadratmetern sowie Neubaupläche von 5000 Quadratmetern. Er berichtet über die Planung des Zentralgebäudes sowie der Wohn- und Multifunktionshäuser. Man habe den Anspruch, dass mit der Realisierung der Neubauten eine Verbesserung der ökologischen Qualität des Standortes einhergehe, betont Herr Heuer. Bei der Umsetzung werde das Thema Wald aufgegriffen und entsprechende Materialien im Bereich der Fassaden eingesetzt.

Er führt aus, dass alle Gebäude auf Inklusion ausgerichtet und somit barrierefrei seien. In der Planung seien Küchenanlagen vorgesehen, in denen man in der Gruppe kochen könne. Die Erschließungszonen seien ausgeweitet worden, um mehr Tageslicht einzubringen und Multifunktionalität für Begegnung zu schaffen.

Eine weitere Veränderung bestehe darin, dass man je zwei Zimmern eine Nasszelle zugeordnet habe und somit zentrale Sanitärräume abgeschafft werden könnten.

Zu Haus 6 erklärt Herr Heuer, dass dort ein Erweiterungsbaukörper geplant sei. Er berichtet, dass dort Familien geschult werden sollen, um die Familien auf die dauerhafte Rückkehr der Kinder im Alltagskontext vorbereiten zu können. Eine entsprechende Wohnsituation sei dort anzubieten. Der holzverkleidete Baukörper diene gleichzeitig als Kletterwand, erklärt Herr Heuer.

Das Zentralgebäude sei im Rahmen des Optimierungsprozesses verkleinert worden. Er weist darauf hin, dass ein Baum im Innenbereich als Stütze verwendet werde. Dort verschiebe sich die Nahtstelle von natürlicher und gebauter Umwelt, so Herr Heuer: hier sei geplant, weitere Bäume im Innenbereich unterzubringen, um natürliche Geborgenheit zu schaffen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt Herrn Heuer für den Blick in die Zukunft des harmonisch in die Natur eingebetteten Komplexes.

Herr Richrath fragt an, ob die Bestandsgebäude ebenfalls barrierefrei ausgerichtet seien.

Herr Heuer erklärt, dass für die Nachrüstung der Barrierefreiheit in den Bestandsgebäuden enorme bauliche Eingriffe erforderlich seien. Die Erdgeschoss-Zonen seien jedoch barrierefrei ausgerichtet, und mit entsprechenden WC-Anlagen ausgestattet. Es fehlen jedoch Aufzugsanlagen für den Übergang in den Wohnbereich. Die Nachrüstung von Aufzügen sei mit dem vorhandenen Budget nicht möglich. Alle anderen

Gebäude seien jedoch komplett barrierefrei gestaltet, beschreibt Herr Heuer, so dass alle mit Ausnahme des 1. OG des Zentralgebäudes barrierefrei nutzbar seien.

Anmerkung:

Die Folien der Präsentation liegen der Niederschrift nochmal als Anlage 2 bei.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achstes Buch

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Kölner Jugendring e.V. 1972/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Kölner Jugendring e.V.“, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 2 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

2.1.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: gemeinnützige "CK CreaKids Germany GmbH" 1977/2017

zurückgezogen

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

2.2.1 Verteilung von Haushaltsmitteln 2017 - Zuschuss an den "Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V. Köln" 1146/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2017 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 103.594,55 Euro dem „Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V. Köln“ zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

2.2.2 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII - Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegepersonen 1445/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von **225.142,00** Euro aus dem Teilergebnisplan 0603 –Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Haushaltsjahr 2017 für die Zeit vom 01.01.2017 – 31.12.2017.

Gemäß den Anträgen der freien Träger verteilen sich die Mittel wie folgt:

PEV – Familienbildung (Qualifizierung/ Fortbildung)	64.920,00 Euro
Malteser Hilfsdienst e.V. (1. Hilfe-Kurse)	18.486,00 Euro
Familien Forum Deutz Mülheim (Qualifizierung/ Fortbildung)	41.170,00 Euro
Evangelische Familienbildungsstätte (Qualifizierung/ Fortbildung)	33.000,00 Euro
Freies Bildungswerk Rheinland (Qualifizierung/ Fortbildung)	50.666,00 Euro
PME Familienservice (Fortbildung)	14.200,00 Euro
Kontaktstelle Kindertagespflege (Fachtag Kindertagespflege)	2.700,00 Euro
Gesamt:	225.142,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

2.3 Weitere Beschlüsse

2.3.1 Bestellung einer Schriftführerin 2485/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - bestellt für seine Sitzungen mit Wirkung vom 05.09.2017

Frau Petra Voous (Amt für Kinder, Jugend und Familie)

zur Schriftführerin und

Frau Petra Lohmann (Amt für Kinder, Jugend und Familie)

zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Neugestaltung des Spielplatzes Dr.-Johannes-Honnef-Straße/Paulipark in Köln-Lövenich 1415/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Lindenthal, folgenden Beschluss zu fassen:

Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung die Neugestaltung des Spielplatzes Dr.-Johannes-Honnef-Straße/Paulipark in Köln-Lövenich mit Gesamtkosten von 100.587,13 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

3.2 Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Brehmstraße in Köln-Riehl 1828/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Nippes beauftragt die Verwaltung die Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Brehmstraße in Köln-Riehl mit Gesamtkosten in Höhe von 280.000,00 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.3 Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Etzelstraße in Köln-Mauenheim
2379/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Nippes beauftragt die Verwaltung die Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Etzelstraße in Köln-Mauenheim mit Gesamtkosten in Höhe von 210.000,00 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.4 Grünfläche Butzweiler Hof
Baubeschluss und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
2185/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt der Bezirksvertretung Ehrenfeld, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt den Entwurf für die öffentliche Grünfläche Butzweilerhof mit Gesamtkosten in Höhe von 1,0 Mio. € zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme.
2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe von Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 0,050 Mio. € im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald-

und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) bei der Finanzstelle 6700-1301-4-1003 / Grünfläche Butzweilerhof (Festwert), Hpl. 2016/2017, Hj. 2017.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtverband Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2016 - 2020 0169/2017

Herr Clemens spricht sich für eine Verschiebung der Beschlussvorlage auf die November Sitzung des Jugendhilfeausschusses aus, da er eine Ergänzung von Vorschlägen zum Thema Partizipation für sinnvoll erachte.

Frau Jahn bedankt sich bei den Trägern und der Verwaltung für den Kinder- und Jugendförderplan. Es sei der Masterplan, an dem man sich die nächsten vier Jahre orientieren werde. Er sei in einem arbeitsintensiven Prozess entstanden und werde weiterentwickelt. Das Thema Partizipation sei dort vertreten und auch im Rat mit der "Kinderfreundlichen Kommune" präsent.

In Bezug auf den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu der Jugendeinrichtung Rodenkirchen, erklärt sie, dass sie dieses Vorgehen verstehe. Sie möchte wissen, wie die Stadt mit den Fragen zu Bedarf und Standort der Jugendeinrichtung umgehe. Sie spricht sich dennoch für eine heutige, unveränderte Beschlussfassung aus, da man Anpassungen in der täglichen Arbeit vornehmen könne, und diese nicht alle im Detail in den Masterplan übertragen müsse.

Frau Beigeordnete Dr. Klein plädiert vor dem Hintergrund des langen Beschlusslaufs und bei aller Wertschätzung des Themas Partizipation ebenfalls für die Verabschiedung des Beschlusses in der laufenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Zu der Thematik "Sürther Feld" in Rodenkirchen erinnert sie, dass in den dortigen Planungen eine Jugendeinrichtung vorgesehen sei. Gut sei, dass die Freie Schule Köln, die zur Zeit in der Alten Wachsfabrik untergebracht sei, ihr Schulangebot erweitern wolle. Dort seien somit zwei Schulen, eine Kita und eine Jugendeinrichtung auf begrenztem Raum zu realisieren, fasst sie zusammen. Daher habe die Stadt vorgeschlagen, die Kita zu verkleinern und die Jugendeinrichtung in das Zentrum des Stadtteils zu verlegen. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen ziehe aber den Standort "Sürther Feld" vor.

In Projektkonferenzen mit allen beteiligten Ämtern und der Freien Schule Köln habe man daraufhin einen Kompromiss erarbeitet, der ein Jugendhilfeangebot im "Sürther Feld" ermögliche, berichtet Frau Beigeordnete Dr. Klein:

Die Freie Schule biete an, ihre Räume in unterrichtsfreien Zeiten für die Jugendarbeit zu öffnen. So schaffe man den dringend benötigten Raum für ein Jugendfreizeitange-

bot und komme den berechtigten Forderungen der Bezirksvertretung Rodenkirchen entgegen.

Die geplante sechstruppige Kita müsse leider auf eine dreigruppige Kita reduziert werden. Man suche derzeit nach Alternativen, schließt Frau Beigeordnete Dr. Klein.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erachtet den Kompromiss im Sinne der Vernetzung für gut, und merkt an, dass die Kita in ausreichender Größe realisiert werden müsse.

Herr Pöttgen möchte sich dem Dank von Frau Jahn anschließen, da es ein gutes Ergebnis sei, an dem man sich die nächsten Jahre orientieren werde. Er merkt positiv an, dass einige der enthaltenen Maßnahmen mit der Beschlussfassung im Rat auch schon umgesetzt seien, wie zum Beispiel der Ausbau des Streetwork oder das Partizipationskonzept, das man gemeinsam als Jugendhilfeausschuss vorangetrieben habe.

An Herrn Clemens gewandt, spricht er sich gegen eine Verschiebung des Beschlusses aus, da man das Thema im Vorfeld mehrfach im Jugendhilfeausschuss diskutiert und den Beschluss daraufhin in die Bezirksvertretungen gegeben habe.

Auch hinsichtlich der Prioritäten treffe der Kinder- und Jugendförderplan ausreichende Aussagen, stellt er fest. Insgesamt sei es ein gutes Zeichen, dass die Dinge vorangehen. Herr Pöttgen warnt davor, sich auf diesem Ergebnis auszuruhen, und empfiehlt, in jeder Sitzung den Kinder- und Jugendförderplan neben sich zu legen und zu prüfen, wo noch Defizite seien.

Der SPD-Fraktion sei das Thema Freiräume für Kinder und Jugendliche wichtig. Er formuliert die Frage, wo Kinder und Jugendliche sich im öffentlichen Raum noch aufhalten dürfen, ohne verdrängt zu werden. Der Konflikt sei schon öfter thematisiert worden. An diesem Thema arbeite die SPD-Fraktion gerne mit, so Herr Pöttgen.

Frau Schmerbach sieht in dem Kinder- und Jugendförderplan einen guten Überblick über die laufenden und geplanten Maßnahmen in der Kinder- und Jugendförderung. Sie regt eine Auflistung zu projektorientierter Kinder- und Jugendarbeit mit Angaben zu Trägern, Stadtteilen, Finanzierung, Beendigung vor Bedarfsdeckung sowie Dauer an, um diese Informationen in die Diskussion miteinbeziehen zu können.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt Herrn Clemens, ob er sich nach den Wortbeiträgen für die Beschlussfassung in der heutigen Sitzung entschieden habe. Als Herr Clemens dies bejaht, wird die Vorlage zu Beschluss gestellt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt den vorliegenden Kinder- und Jugendförderplan 2016-2020 als Rahmenplanung. In dem Zeitraum von 2015 bis 2016 wurde er in einem intensiven Planungsprozess innerhalb der Jugendverwaltung, dem AK 80 und den Trägern der freien Jugendhilfe entwickelt und anschließend in einer Entwurfsfassung als Mitteilung im Jugendhilfeausschuss und in den Bezirksvertretungen ausführlich erörtert. Konkrete Kommentierungen und Anregungen sind in den Plan eingeflossen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die strategischen Aussagen des Kinder- und Jugendförderplans für die Detailplanungen der nächsten Jahre zu Grunde

zu legen. Die Maßnahmenvorschläge sollen unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung in Abstimmung mit den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe im Arbeitskreis Jugend nach § 80 SGB VIII und unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sukzessive umgesetzt werden. Für Maßnahmen, deren Umsetzung haushaltmäßige Auswirkungen haben, werden gesonderte Beschlüsse der politischen Gremien vorgesehen.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Dezember 2018 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

- 4.2 Baubeschluss: Sanierung und Optimierung des Ki d S - Standortes Brücker Mauspfad 646**
Die Unterlagen wurden allen Jugendhilfeausschussmitgliedern mit Sammeldruck vom 22.08.2017 zur Verfügung gestellt. Bitte halten Sie diese zur Sitzung bereit.
1588/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Sanierung und Optimierung des Standortes Brücker Mauspfad 646 der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln (Ki d S) i.H.v. rund 11.000.000 EUR brutto Baukosten zzgl. 875.000 EUR brutto Einrichtungskosten und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung. Die Weiterplanung erfolgt nach der jeweils gültigen Energieeinsparverordnung.

Die Finanzierung erfolgt aus Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 0601, Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung, bei Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5111-0601-9-2000 „Generalsanierung Brücker Mauspfad“. Die Finanzierung der Einrichtungskosten erfolgt frühestens zum Haushaltsjahr 2019 aus zu veranschlagenden Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0601, Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung, bei Teilplanzeile 09, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband

Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)

- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk" 2488/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ (siehe Anlage 1).
Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 3,9 Millionen Euro sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 2,4 Millionen Euro für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.

- C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Die Anlage liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

4.4 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf" 2481/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 2,2 Millionen Euro sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021 ff. in Höhe von 2,9 Millionen Euro für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
- B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
- C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Anlage liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

**4.5 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2491/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Sarah van Dawen-Agreiter (Die SJD – Die Falken Kreisverband Köln)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für die SJD – Die Falken Kreisverband Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Herr Omer Semmo behält seine Position und wird die persönliche Stellvertretung für Frau van Dawen-Agreiter wahrnehmen. Herr Ludwig Weigel verliert damit seine Stellung im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Beschlussvorlage für den Rat liegt der Niederschrift nochmal als Anlage 3 bei.

4.6 Vorlage 2018/2017 "Bedarfsfeststellung zum Erwerb von Microsoft Lizenzen für den Zeitraum 2017 bis 2021" wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 9.3.1 beraten

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter 9.3.1 im nichtöffentlichen Teil behandelt.

4.7 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017 1422/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt hinsichtlich der überarbeiteten Zielsetzung im „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“:

- Die weitere Förderung der Anlussteilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V.“ am „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ ab 2017 bis 2020 in Höhe von 10.000 Euro p.a..
- Das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) ist Bestandteil in der Planung der Kommune zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Beschlussvorlage für den Rat liegt der Niederschrift nochmal als Anlage 4 bei.

5 Anträge aus der Politik (schriftlich)

5.1 Frühere Anträge

Es liegen keine unbearbeiteten Anträge aus früheren Sitzungen vor.

5.2 Neue Anträge

5.2.1 Ziffer 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zur Vorlage AN/2156/2016 (Beauftragung der Verwaltung mit der Entwicklung begleitender niedrigschwelliger Hilfsangebote) aus der Ratssitzung vom 20.12.2016

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt einleitend, dass im Zuge der Stadtordnung im Rat ein Maßnahmen-Paket beschlossen worden sei.

Die SPD-Fraktion habe unter Punkt 3 gebeten, den Bedarf notwendiger, niedrigschwelliger Maßnahmen zu prüfen. Anvisiert werden dabei beispielsweise die Bereiche Spielplätze und Drogenprävention. Der Rat habe damals entschieden, diesen Punkt von seinem Beschluss auszuklammern und zur Beschlussfassung in eine Beschlusskette von Jugendhilfeausschuss, Ausschuss Soziales und Senioren sowie Gesundheitsausschuss zu geben.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass diese Vorlage in erster Linie die Bereiche Soziales und Gesundheit betreffe. Das Jugendamt sei zwar eingebunden, aber nicht in der Federführung. Er schlägt daher vor, den noch offenen Punkt zu beschließen und der Empfehlung zu folgen.

Frau Jahn versteht, dass eine Stadtordnung das Leben im öffentlichen Raum regelt. Sie habe jedoch erwartet, dass man einen Überblick über die Maßnahmen erhalte. Sie bittet um Abbildung der niedrigschwelligen Maßnahmen. Es gebe bereits eine Vielzahl von niedrigschwelligen Maßnahmen, man befinde sich somit nicht in einem luftleeren Raum. Sie interessiert, wie die Maßnahmen in den Text der Stadtordnung aufgenommen werden.

Herr Pöttgen weist auf den ergänzenden Charakter des Änderungsantrags hin. Die SPD-Fraktion halte es für sinnvoll, in der Stadtordnung nicht nur auf Repression zu setzen, sondern im Gegenzug um ergänzende Angebote zu erweitern. Dafür sei ein Überblick notwendig, den Frau Jahn in der Vorrede bereits angesprochen habe. Herr Pöttgen spricht sich für den Beschluss aus.

Er stellt fest, dass es zwar bereits eine Vielzahl niedrigschwelliger Hilfsangebote gebe. Aber die Debatte zum Thema Obdachlosigkeit verdeutliche, dass es durchaus sinnvoll sei, sich mit diesem Thema in Zusammenhang mit der Stadtordnung zu beschäftigen. Abschließend erklärt er, dass dafür die Erstellung einer IST-Analyse erforderlich sei, um auf deren Grundlage bewerten zu können, wo Angebote fehlen.

Herr Clemens befürwortet die Vorschläge von Frau Jahn und Herrn Pöttgen. Er sei jedoch mit verschiedenen Formulierungen der Stadtordnung nicht einverstanden, und halte es für sinnvoll, aus Sicht der Jugendpolitik darauf zu schauen. So könne Missbrauch mit Blick auf eine "vermarktbarere Innenstadt" vermieden werden. Weiter verhindere man, dass einzelne einseitige Interessengruppen zu stark Einfluss nehmen. Die Stadtordnung sei bereits einmal wegen verfassungswidriger Inhalte gekippt worden, erinnert Herr Clemens. Dergleichen solle nicht wieder passieren, mahnt er.

Herr Klausing fragt die Verwaltung, ob man einen formalen Fehler begehe, wenn man über einen Änderungsantrag abstimme, zu dem es keinen Hauptantrag mehr gebe.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen hält die Frage für berechtigt, da der Rat beschlossen habe diesen Punkt nicht zu beschließen, sondern in die weitere Beschlussfassung anderer Gremien zu geben.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass der Rat den Beschluss zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen habe. In diesem Fall handele es sich um eine nicht ganz „barrierefreie“ Verhaltensweise des Rates.

Sie weist darauf hin, dass eine IST-Analyse der Gesamtheit der niedrigschwelligen Hilfsangebote dieser Stadt nur in einem Buch geliefert werden könne. Sie bittet um eine Vorgehensweise, die nicht den Auftrag beinhalte, eine Menge Papier zu liefern, ohne dadurch tatsächlich einen Vorteil oder eine Arbeitserleichterung zu erzielen.

Frau Jahn schlägt den Zusatz "exemplarisch darzustellen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln" zu dem zu beschließenden Text vor, da es bereits eine Vielzahl niedrigschwelliger Hilfsangebote gebe, die nicht erst entwickelt werden müssen. Zudem wolle man die Verwaltung nicht mit unnötiger Arbeit belasten. Bei dem Thema Obdachlosigkeit von Kindern und Jugendlichen sei hingegen noch zu prüfen, wie bestehende Systeme verbessert werden können. Somit können Vorschläge gemacht werden und die Politik könne die Verwaltung beauftragen, diese umzusetzen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erachtet den Vorschlag für gut. Der Zusatz "exemplarisch" betreffe die aktuellen und neuauftretenden Problemlagen in Zusammenhang mit der Stadtordnung. Dies sei in erster Linie eine Angelegenheit des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt: die Federführung obliege dem Ausschuss Soziales und Senioren.

Herr Klausing weist erneut darauf hin, dass man über den Änderungsantrag nicht mehr abstimmen könne. Da er Formfehler vermeiden möchte, bittet er um Klärung.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen antwortet, dass es eine Frage der Titulierung sei. Die Intention des Rates sei eine weitere Beratung der Fachausschüsse gewesen. Das Thema sei nicht negiert worden. Der Fachausschuss habe nun beraten und sei zu einem Ergebnis gekommen: dieses Thema habe in Teilen exemplarische Bedeutung, und man wolle als Ausschuss diesen Themen in eigener Kompetenz Nachdruck verleihen. Inhaltlich sei man sich demnach einig. Es bestehe alternativ die Möglichkeit, einen eigenen neuen Antrag aufzusetzen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sieht kein juristisches Problem. Die Willensbildung sei, wie von Herrn Bürgermeister Dr. Heinen dargestellt, einheitlich und abgeschlossen. Sie macht den Verfahrensvorschlag, die gewählte Formulierung als Beratungsergebnis im Protokoll des Jugendhilfeausschusses festzuhalten und in Kombination mit dem Ursprungstext des Punktes 3 zu beschließen.

Herr Pöttgen bittet die Ratskolleginnen und Ratskollegen, bei der nächsten Debatte in der Ratssitzung Oberbürgermeisterin Frau Reker über die Diskussionen in diesem Fall zu berichten, um künftig Unklarheiten zu vermeiden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass man Punkt 3 eines bestehenden Antrags nunmehr ergänze.

Frau Jahn erklärt, dass es für sie keine Rolle spiele, ob man hier einen Änderungsantrag oder einen neuen Antrag beschließe. Sie sei pragmatisch, so Frau Jahn. Sie bittet allerdings darum, Änderungsanträge zeitnah in die Fraktionen zu geben, um den Beratungsturnus noch einhalten zu können und ein Zeitfenster für die Bearbeitung zu haben. Sie macht darauf aufmerksam, dass Entscheidungen auch deshalb verwiesen werden, wenn aus Zeitmangel keine Beratung mehr stattfinden könne.

Frau Volland-Dörmann weist darauf hin, dass die örtlichen Jugendhilfeträger nicht in die Diskussion eingebunden gewesen seien. Die Liga enthalte sich daher, teilt Frau Volland-Dörmann mit. Dennoch erkenne sie den Handlungsbedarf. Man erwarte das Thema ohnehin auf der Agenda des Sozialausschusses im Hinblick auf die aktuelle Problematik mit Bulgarien und Rumänien, erklärt sie. Sie sehe die Schwerpunktsetzung im Bereich Soziales und Gesundheit. Auch wenn man das Jugendhilfesystem optimieren müsse, sehe sie keine Möglichkeit, diesem Beschluss "blanko" zuzustimmen, so Frau Volland-Dörmann. Sie kritisiert, dass die Fraktionen sich nicht im Vorfeld über einen gemeinsamen fundierten Antrag verständigt haben.

Beschluss (Änderungen kursiv markiert):

Ergänzend beauftragt der *Jugendhilfeausschuss* die Verwaltung (Soziales, Jugend, Gesundheit), auf der Basis einer Ist-Analyse wirksame Konzepte für zusätzlich erforderliche begleitende niedrigschwellige Hilfsangebote *exemplarisch darzustellen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln*.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1),
- keine Gegenstimmen
- 4 Enthaltungen AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1)

Einstimmig zugestimmt.

6 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (schriftlich)

6.1 Frühere Anfragen

**6.1.1 Unterbringung, Teilhabe- und Integrationschancen für unbegleitete junge Geflüchtete bei Volljährigkeit
AN/0880/2017**

**zu 6.1.1 Unterbringung, Teilhabe- und Integrationschancen für unbegleitete junge Geflüchtete bei Volljährigkeit, hier: Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2017 (AN/0880/2017)
2354/2017**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und bittet, die Informationen an den Ausschuss Soziales und Senioren sowie den Integrationsrat in Form einer Mitteilung weiterzugeben.

**6.1.2 Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende
AN/0881/2017**

**zu 6.1.2 Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende
1927/2017**

Die Beantwortung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

6.2 Neue Anfragen

**6.2.1 Fachkräftemangel im Kita-Bereich
AN/1075/2017**

**zu 6.2.1 Fachkräftemangel im Kita-Bereich AN/1075/2017 SPD-Fraktion
2585/2017**

Auch diese Beantwortung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

Anmerkungen:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift als Anlage 5 bei.

6.2.2 Inobhutnahmen durch das Jugendamt AN/1171/2017

Die Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor, so dass diese Anfrage auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.11.2017 vertagt wird.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Anfrage liegt der Niederschrift nicht nochmals als Anlage bei, da der Umdruck zu der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.11.2017 erneut erfolgt.

7 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (mündlich)

7.1 Frühere Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen früherer mündlicher Anfragen aus dem Ausschuss vor.

7.2 Neue Anfragen

Es werden keine neuen Anfragen gestellt.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss 2479/2017

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Aktueller Planungsstand zur Realisierung von Jugend- und Bildungsinfrastruktur im Bereich Sürther Straße/Am Feldrain und Eygelshovener Straße 1653/2017

Die Mitteilung wird ebenfalls ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.2.2 Handlungsbedarf zur Schaffung von Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs 2017-2021 2177/2017

Herr Pöttgen geht davon aus, dass die Liste zu der dargestellten aktuellen Förderlage zügig abgearbeitet werden könne. Ihn interessiert die Einschätzung der Verwaltung zu der Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen. Er möchte in Erfahrung bringen, wo Herausforderungen hinsichtlich Immobilien, Trägern oder der Finanzierung bestehen. Seines Erachtens liege die Priorität im rechtsrheinischen Raum.

Beigeordnete Frau Dr. Klein beginnt ihre Stellungnahme mit der Erklärung, dass die Anlage 1 eine Prioritätenliste enthalte und Aussagen zu Entwicklungschancen sowie der Vorgehensweise treffe. In manchen Bereichen seien keine konkreten Angaben zu finden, da dort das Grundstück oder der Investor fehle. Das betreffe beispielsweise Höhenberg und Humboldt-Gremberg, wo man intensiv suche, um entsprechende Vorschläge unterbreiten zu können.

Ein starker Partner sei in diesem Zusammenhang die Wohnungsbaugesellschaft GAG. In diesen Gebieten müsse mit Blick auf das Wohnbauprogramm Wohnraum erschlossen werden. Die Themen Wohnraum und Jugendeinrichtungen seien gemeinsam aufzurufen. Ähnlich wie beim Kita-Bau suche man einen Investor, der die Jugendeinrichtung baue, damit die Stadt sie anmieten könne, so Beigeordnete Frau Dr. Klein. Das Geld müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen erkämpft werden.

Abschließend weist sie darauf hin, dass eine chronologische Bearbeitung nicht möglich sei, da man sehen müsse, wo sich gerade Investoren oder Grundstücke bieten.

Sie gibt Herrn Pöttgen Recht darin, dass ein Schwerpunkt im rechtsrheinischen Raum liege.

Herr Clemens dankt der Verwaltung für die Evaluation. Er sei jedoch mit der Gewichtung nicht einverstanden, da er soziale Brennräume wie den Kölnberg vermisste. Für ihn bestehe weiterhin ein Problem in der Prioritätensetzung. Seiner Meinung nach müsse die Gewichtung einzelner Punkte anders gesetzt werden. Dann käme man zu einem anderen Ergebnis, so Herr Clemens.

Frau Quilling versteht, dass eine chronologische Bearbeitung der Rangliste nicht möglich sei. Es sei wichtig, die Begleitumstände besonders zu berücksichtigen. An dem Beispiel von Godorf-Immendorf schildert sie, dass die Vorlage dort nur mitteile, dass man bisher weder Fläche noch Investor gefunden habe. Sie betont die besondere Insellage des Stadtteils und fragt, ob man es dabei in den nächsten vier Jahren belassen werde, oder welche Maßnahmen hier ergriffen werden.

Frau Laufenberg weist darauf hin, dass das Problem der fehlenden Flächen und Immobilien in verschiedenen Stadtteilen bestehe. Sie wünscht sich, gemeinsam mit der Verwaltung zu überlegen, wie man dort mittels mobiler Jugendarbeit ein alternatives Angebot schaffen könne. Die mobile Jugendarbeit werde nicht genügend miteinbezogen. An der Liste sehe man, dass mittelfristig und langfristig nicht mehr auf die mobile Jugendarbeit zu verzichten sei, stellt sie fest. Sie appelliert an die Kolleginnen oder Kollegen der Fraktionen, die mobile Jugendarbeit gemeinsam zu stärken.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert daran, dass es sich hier um Leitplanken und ihre Analyse aus Sicht der Verwaltung handele. Die Politik habe die Freiheit, die Prioritäten anders zu setzen und abweichende Impulse zu geben.

Herr Pfeuffer gibt zu der Frage Frau Quillings den Hinweis, dass man in Godorf-Immendorf eine Fläche im Auge habe. Er merkt an, dass man die Stadtteile Godorf, Meschenich und Rodenkirchen aus der vorhergegangenen Bedarfsanalyse übernommen habe.

An Herrn Clemens gewandt, hält Herr Pfeuffer fest, dass man sich lange über die Gewichtung innerhalb des Indikatoren-Systems streiten könne. Er weist darauf hin, dass

man im AK 80 intensiv diskutiert und sich letztendlich darauf festgelegt habe. Am Kölnberg und im Stadtteil Meschenich stelle sich eine besondere Situation dar. Es sei unbestreitbar, dass die Insel Kölnberg jede Anstrengung wert sei, dort eine Verbesserung herbeizuführen, so Herr Pfeuffer. Er wirbt für das Indikatoren-System. Es biete einen guten Rahmen für weitere Diskussionen. Er begrüßt die Einbindung mobiler Jugendarbeit.

Frau Dr. Butterwegge erklärt, dass bekannte Problemräume wie der Kölnberg einfach aus dem Analyse-Modell herausgefallen seien. Es sei dort angemerkt, dass weder die finanzielle Situation der Kommune, noch die Bedürfnisse der Investoren, eine Abarbeitung zulassen.

Sie fragt sich, ob der Handlungsbedarf tatsächlich nicht nach den Bedürfnissen der Jugendlichen, sondern nach der Finanzlage der Kommune und den Bedürfnissen möglicher Investoren geplant werden dürfe.

Die Fraktion Die Linke sei dafür, den SGB-II-Anteil von unter 18-jährigen mit 50 Prozent stärker als Indikator zu berücksichtigen. Sie bittet die Stadtverwaltung um Stellungnahme zum aktuellen Handlungsbedarf in bekannten Problemräumen für die nächsten vier Jahre. Der Stadtteil Finkenbergring sei zumindest aufgeführt, aber man erfahre nicht, ob und was dort konkret geplant sei, so Frau Dr. Butterwegge.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass es der Politik freistehe, Änderungsvorschläge einzubringen, die zur Diskussion gebracht werden. Er hält fest, dass es sich um eine Analyse der Verwaltung handle, die gemeinsam mit dem AK 80 erstellt worden sei. Auf dieser Datenbasis baue man auf. Bisher habe er keine gewichtigen Änderungen zum Kinder- und Jugendförderplan vernommen. Die Diskussionen zum Kinder- und Jugendförderplan seien über die Jahre hin konform gewesen. Stadtteile wie Finkenbergring oder der Kölnberg seien immer als Brennpunkte erwähnt. Dort sei viel in Einzelmaßnahmen bewegt worden. Herr Bürgermeister Dr. Heinen bestätigt, dass es einen Gesamtüberblick über die Stadt und Gerechtigkeit innerhalb der Stadt geben müsse. Abschließend sagt er, dass man nun eine Grundlage habe und in die Diskussion gehe. Jeder sei frei, seinen Teil dazu beizutragen, so Herr Bürgermeister Dr. Heinen.

Herr Bergmann freut sich, dass dieses Handlungsfeld eine wachsende sozialpolitische Relevanz erfahre. Es sei zum Verständnis des Instruments wichtig zu wissen, dass dieses Ranking eine Objektivierung anhand bestimmter Zahlenparameter erfahre. In einem langen Prozess habe man sich im AK 80 auf diese Parameter verständigt. Daneben stehe die qualitativ fachliche Bewertung. Beides müsse neu in eine fachpolitische Entscheidung geführt werden, erklärt Herr Bergmann. Mehr könne dieses Instrument nicht leisten. Es sei ein Werkzeug, mit dem man arbeiten könne. Er freue sich über das breite politische Interesse für die Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.3.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2016 2286/2017

Herr Gümüs macht auf die signifikante Erhöhung der Zahlen im Bereich „sonstige Konstellationen“ aufmerksam. Er möchte in Erfahrung bringen, welche Konstellatio-

nen neben der von "Eltern gegen Kinder" erfasst werden, und wie es zu diesem Anstieg komme.

Frau Dr. Butterwegge interessiert eine Einschätzung zu der Entwicklung der Zahlen seit 2015 bei der Polizei sowie deren Abbildung bei den Interventionsstellen.

Herr Völlmecke erklärt zu der Frage Frau Dr. Butterwegges, dass häusliche Gewalt nicht als separates Merkmal in der Statistik der Polizei erfasst werde, sondern die einzelnen Deliktgruppen wie Körperverletzung oder Vergewaltigung zählen, unabhängig davon, ob diese in häuslichem Rahmen geschehen. Die erfassten Taten können im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt geschehen oder aber anderswo. Auf Kölner Ebene gebe es keine Zusammenführung unter dem Stichwort häuslicher Gewalt. Diese Zahlen können somit nicht geliefert werden. Herr Völlmecke bezieht sich auf eine Aussage der Opferschutzbeauftragten, laut der sich der Gesamttrend der Zahlen in den Beratungen der Interventionsstellen widerspiegele. Die Zahlen der Polizeiverwaltung befinden sich auf ähnlichem Niveau, stellt er abschließend fest.

Frau Kleine antwortet Herrn Gümüs als Vertreterin einer Interventionsstelle, dass es sich bei den anderen Konstellationen um Mann/Mann, Frau/Frau sowie Gewalt gegen ältere Menschen handele.

Frau Laufenberg erwartet zumindest eine Teilzahl seitens der Polizei, da Hausverweisungen des gewalttätigen Partners durch die Polizei aktenkundig gemacht werden müssen.

Herr Clemens hält eine weitere Information zu den Zahlen seitens der Polizei vor dem Hintergrund des Gewaltschutzkonzepts, das nicht ausreichend sei, für wichtig. Die Statistik sei interessant, da trotz der Aussprache des Gewaltschutzgesetzes, die Gewalt im häuslichen Bereich offenbar nicht abgenommen habe.

Herr Klausing fragt an, welche Relevanz die Zahlen zu "Opfer mit Migrationshintergrund" habe. Weiter möchte er wissen, inwieweit die Tabuisierung häuslicher Gewalt gegenüber Männern bei der Bewertung der Zahlen berücksichtigt werde.

Herr Völlmecke bekundet seitens des Netzwerkes Häusliche Gewalt das Interesse, von der Polizei Zahlen zum Themenbereich „häusliche Gewalt“ zu bekommen. Man könne als Netzwerk Häusliche Gewalt die Polizeibehörde um eine Auswertung der Zahlen bitten. Hilfreich sei, dass der JHA sich dafür ausspreche, so Herr Völlmecke.

Zu der Frage von Herrn Klausing erklärt er, dass man auf eine Nachfrage des Integrationsrates die Zahlen zu "Opfer mit Migrationshintergrund" ergänzend in die Statistik aufgenommen habe. Man müsse beachten, dass die Statistik in den Interventionsstellen in einem sensiblen Kontext, in Einzelfällen nur auf Grundlage eines einzigen Telefonats, entstehe. Die Interventionsstellen haben signalisiert, dass sie daher vorzugsweise so wenige Daten wie möglich abfragen. Somit sei man froh, wenn man mit den Kerndaten arbeiten könne, so Herr Völlmecke.

Nach der Prüfung des Einverständnisses des Jugendhilfeausschusses, spricht sich **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** nochmals explizit für die besondere Auswertung der Zahlen durch die Polizeibehörde aus.

8.3.2 Jahresbericht 2016 – Kölner Haus des Jugendrechts 2239/2017

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

**8.4.1 Planung von Jugendeinrichtungen in Köln Roggendorf/ Thenhoven und Kalk
hier: Sachstand
2079/2017**

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

**8.4.2 Fachtag: "ZUSAMMENHALTEN! - SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT IN DER JUGENDHILFE" am 09.10.2017 in der Zeit von 10:00 - 17:00 Uhr im Historischen Rathaus
2430/2017**

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

**8.4.3 Jugendeinrichtung Weiden
2449/2017**

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

**8.4.4 Weltkindertag in Köln am 17.09.2017
2549/2017**

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt allen Beteiligten, dem Jugendamt und den Sponsorinnen und Sponsoren.

Die Mitteilung wird ohne weitere Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

**8.4.5 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"
2659/2017**

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmal als Anlage 6 bei.

**8.4.6 Spende des neuen Spielmobils "Juppi"
2675/2017**

Herr Bürgermeister Dr. Heinen spricht seinen Dank aus.

Die Mitteilung wird ohne weitere Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmal als Anlage 7 bei.

8.4.7 Ausbau Streetwork – 18 Streetworker und Streetworkerinnen haben ihre Arbeit aufgenommen - Einrichtung von 10 temporären „Streetwork Points“ in den Stadtbezirken 2538/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen freut es, dass man nach jahrelanger Diskussion nun an diesem Punkt angekommen sei.

Herr Clemens erklärt, dass er hart um ein vernünftiges Konzept gekämpft habe. Ihn interessiert, ob man die Ordnungspartnerschaft weiterentwickelt habe. Zudem möchte er wissen, ob die Kooperation in Chorweiler, in deren Rahmen zwei Streetworker an die GAG angebunden seien, funktioniere, um zu vermeiden, dass unnötige Ressourcen verbraucht werden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert Herrn Clemens daran, dass der *gesamte Jugendhilfeausschuss* dafür hart gekämpft habe. Somit habe der Ausbau des Streetwork viele Mütter und Väter.

Herr Schärpf berichtet, dass Ordnungspartnerschaften mit dem Haus des Jugendrechts im Bereich der Intensivtäterbetreuung sowie dem Ordnungsamt und der Polizei bestehen. Es bestehe ein guter Kontakt. Er weist darauf hin, dass die Grundprinzipien, wie die Schweigepflichten, im Konzept ausführlich beschrieben seien.

In Bezug auf die Kooperation in Chorweiler erklärt er, dass es mittlerweile einen Untearbeitskreis zu der AG 78 zum Thema Streetwork / Mobile Jugendarbeit gebe. In diesem AK Chorweiler Mobile Jugendarbeit koordinieren die städtischen Streetworkerinnen und Streetworker gemeinsam mit den Streetworkerinnen und Streetworkern des Jugendzentrums Netzestraße ihre Arbeit. Im Streetwork sei Konkurrenz ein Fremdwort, so Herr Schärpf. Man versuche sich im AK so gut wie möglich im Sinne der Jugendlichen abzustimmen, stellt er abschließend fest.

Frau Quilling ist ebenfalls froh, diesen Punkt erreicht zu haben. Sie erinnert daran, dass das Konzept immer wieder verbessert worden sei. Nach 18 Jahren Kampf um Streetwork komme dies einem historischen Ereignis gleich, merkt sie an. Nun habe man eine gute Grundlage. Sie weist auf den Streetwork-Point im Stadtteil Finkenbergrain hin, der kritisch in der Presse dargestellt worden sei. In diesem Zusammenhang fragt sie, ob eine Verbesserung hinsichtlich der Räume angedacht sei.

Herr Schärpf berichtet, dass man sich gerade über diesen Streetwork-Point am meisten gefreut habe, da er sich in der „krassesten Ecke“ befinde. Nach zwei Tagen seien die Fensterscheiben eingeworfen worden. Dieser Standort sei ursprünglich das Streetworkbüro der Arche gewesen, erläutert Herr Schärpf. Als man es bezogen habe, sei es ein „Totalschaden“ gewesen. Von außen sehe es aber übler aus als innen, schildert er. Mit ein wenig Farbe könne man einiges bewirken, so Herr Schärpf.

Herr Clemens bestätigt die Darstellung von Herrn Schärpf und befürwortet den Standort des Streetwork-Points, der sich „mitten im Pudding“ befinde. Dies entzerre die subjektiven Angstgefühle der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Wenn sich der Anfang etwas schwieriger gestalten sollte, sei man am richtigen Ort, so Herr Clemens.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmal als Anlage 8 bei.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Jahresbericht des Amtes für Schulentwicklung für 2016 2188/2017

Die Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.5.2 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung 2068/2017 Beantwortung der Verwaltung Hier: Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des STEA am 06.07.17 2489/2017

Die Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.5.3 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung 2068/2017

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.4 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" Die Unterlagen wurden allen Jugendhilfeausschussmitgliedern mit Sammeldruck vom 22.08.2017 zur Verfügung gestellt. Bitte halten Sie diese zur Sitzung bereit. 2561/2017

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.5 Beantwortung der Verwaltung zu Nachfragen aus dem Integrationsrat vom 20.03.2017 bzw. 19.06.2017 2172/2017

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.5.6 „Rucksack“ - ein Programm zur koordinierten Sprachförderung und El- ternbildung; Sachstand zur Finanzierung der Gruppen aus dem Pro- grammgebiet „Mülheim 2020“ 2612/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert, dass der Jugendhilfeausschuss dieses Programm sehr befürwortet habe, da mit geringsten kommunalen Mitteln in Mülheim eine nachhaltige Förderung betrieben werden könne. Die Finanzierung über den Europäischen Sozialfonds sei bis Ende des Jahres sichergestellt. Die Weiterbewilligung erhalte man aber frühestens im nächsten Jahr. Im Falle einer Ablehnung müsse man finanzielle Mittel in Höhe von circa 70.000 Euro bereitstellen, damit das Programm weiterlaufen könne. Diese Option müsse Berücksichtigung im Haushalt 2018 finden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt die Verwaltung, wie man das Fortbestehen des Programms sicherstellen könne. Er möchte wissen, ob ein Haushaltsbegleitbeschluss in diesem Fall möglich sei. Bei Genehmigung durch den Europäischen Sozialfonds sei

die Situation nicht problematisch. Im Falle der Ablehnung sei der Jugendhilfeausschuss mehrheitlich dafür, das Projekt aus eigenen Mitteln weiterzuführen. Die anfallenden Kosten seien im Verhältnis zum Gesamthaushalt gering, stellt er fest.

Frau Jahn beschäftigt ebenfalls die Frage, wie man die zu überbrückenden Zeiträume im Falle eines abschlägigen Bescheides kompensiert bekomme.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass das Rucksack-Projekt nun im Sozialdezernat verortet sei. Sie geht von einer einheitlichen Zielrichtung im Jugendhilfeausschuss sowie im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt aus, dass das Projekt nahtlos durch zusätzliche Bereitstellung von Mitteln weitergeführt werde.

Sie empfiehlt, das Thema im Ausschuss Soziales und Senioren aufzurufen. Man werde parallel den Wunsch des Jugendhilfeausschusses, den sie als Fachdezernentin ausdrücklich teile, an das zuständige Dezernat weitergeben. Möglicherweise habe man dort bereits eine Lösung gefunden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen schlägt vor, den Wunsch in den nachfolgenden Ausschüssen entsprechend zu formulieren. Es werden keine Einwände gegen den Vorschlag von Herrn Dr. Heinen erhoben.

8.5.7 Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2684/2017

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

Anmerkung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmal als Anlage 9 bei.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Voous (Schriftführerin)